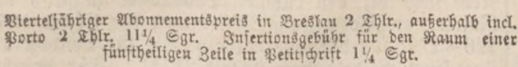
Breslauer  Zeitung.


Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 474. Mittag-Ausgabe. Verlag von Eduard Trewendt. **Freitag, den 10. October 1862.**

Telegraphische Depesche.

London, 9. October. Die heutige „Times" berichtet: Das Comite zu Mailand habe eine Statue, das Sinnbild der Einheit Italiens an Lord Russell zum Geschenk übersendet, indem es durch dasselbe für die von Russell zur Herbeiführung der Einheit gemachten Anstrengungen seine Dankbarkeit bezeigen wollte. Russell habe dieses Geschenk angenommen und ein Antwortsschreiben folgenden Inhalts an das Comite geschickt: Es sei immer seine Ueberzeugung gewesen, daß Italien der beste Richter gewesen sei über die Art und Weise, sich seine Unabhängigkeit zu sichern. Niemand hätte in diesem großen Werke interveniren sollen, welches Italien zu seinem unsterblichen Ruhme unternommen habe. Es sei ein Glück gewes,n, daß bei dem Beginne dieses Werkes der Kaiser der Franzosen hilfreiche Hand geleistet habe, aber die eigene Tapferkeit, die Mäßigung und die Ausdauer hätten Italien zu weitern Erfolgen geführt und er hoffe, daß die eigene Beharrlichkeit das Werk vollenden werde, zu dem der Nationalgeist den Grund gelegt habe.

Preußen.

Landtags-Verhandlungen.

63. Sitzung des Hauses der Abgeordneten (9. Oktober).

Präsident Grabow eröffnet die Sitzung um 10¼ Uhr — Am Ministertische v. Bodelschwingh, v. Roon und mehrere Regierungs-Commissare.

Nach Erledigung einiger geschäftlichen Angelegenheiten verliest der Präsident ein Schreiben des Staatsministers v. Bismarck, in welchem derselbe dem Hause die Anzeige macht, daß des Königs Majestät den Ministern der auswärtigen Angelegenheiten Graf Bernstorff, und für Handel und Gewerbe v. Holzbrinck die nachgesuchte Entlassung bewilligt und den Hrn. v. Bismarck zum Präsidenten des Staatsministeriums und Minister der auswärtigen Angelegenheiten ernannt, den Minister der landwirthschaftlichen Angelegenheiten Graf Itzenplitz mit der einstweiligen obersten Leitung des Ministeriums für Handel und Gewerbe beauftragt habe.

Auf der Tagesordnung steht die Special-Discussion des Gesetzentwurfs über die „außerordentlichen Bedürfnisse der Marine-Verwaltung für das Jahr 1862." Das gestern schon erwähnte Amendement Röpell lautet wörtlich: Statt §§ 1 und 2 zu setzen: der Kriegs- und Marineminister ist ermächtigt, zur Beschaffung von drei Panzerbooten 600,000 Thlr. als erste Rate zu verwenden. Die Mittel zur Deckung dieser Ausgabe, wie der zweiten und dritten Rate von je 600,000 Thlr. sind aus dem Staatsschatze zu entnehmen. — Dazu ist von dem Abg. Rassow das Unteramendement gestellt, hinter dem Worte „Beschaffung" zu setzen: 1) von Uebungsschiffen 200,000 Thlr., 2) vom Abg. v. Forckenbeck beantragt, zunächst die Discussion über § 2 der Vorlage beginnen zu lassen. Der Präsident giebt diesem Vorschlage Folge.

Es nimmt das Wort der Abg. Röpell (Danzig): Er und diejenigen Abgeordneten, welche unterzeichnet, seien einverstanden mit den Anträgen der Commission in Bezug auf Punkt 1, 2 und 4 (Punkt 1 sind die 220,000 Thlr. zur Fortsetzung begonnener Schiffsbauten; Punkt 2 die 200,000 Thlr. für Uebungsschiffe; Punkt 3 sind 600,000 Thlr. als erste Rate für 3 Panzerboote; Punkt 4 die 380,000 Thlr. als erste Rate für Anlegung des Kriegshafens auf Rügen), nicht einverstanden mit dem Antrage in Bezug auf 3. Aber er verwahre sich dagegen, als ob diese Verschiedenheit von dem Standpunkt der Commission eine tiefe sei. Es käme hier auf Nützlichkeitsgründe an, und er würde immer mit der Commission übereinstimmen, was den Schutz der Verfassung und die großen principiellen Fragen anbeträfe.

Abg. Reichenheim spricht gegen den Punkt 2 und äußert eingehende Bedenken gegen die erste Ratenzahlung, welche ein Unterpfand für die folgenden sei. Man dürfe nicht in eine Ungewißheit über die Deckung der zu votirenden Summen hineintreiben und müsse in dieser Beziehung bestimmte Erklärungen des Ministeriums haben.

Abg. Immermann gegen den Punkt 2: Er wollte sich eine Interpellation an den Marineminister erlauben, behalte sich dieselbe aber bei Diskussion des § 1 vor.

Der Finanzminister glaubt, daß die Erklärungen des Ministeriums in der Commission so klar und deutlich gewesen, daß dem nichts hinzuzufügen. Was die Entnehmung der Gelder aus dem Staatsschatze für die folgenden Raten anbeträfe, so werde die Regierung nicht zustimmen, sondern sich ihre Vorschläge für die Deckung der Kosten vorbehalten. Der Marineminister v. Roon will einige Worte hinzufügen: Er glaube, daß die Besorgniß, die der Abg. Reichenheim ausgesprochen, nicht begründet. Die Regierung sehe in der Bewilligung der 600,000 Thlr. nicht ein Unterpfand für die Bewilligung der nächsten Raten. Die Beschaffung von 3 Panzerbooten sei ja nicht genügend. Es würden weitere Forderungen gestellt werden müssen und der Landesvertretung zur Bewilligung vorgelegt werden. Die Regierung trage große Bedenken, den Staatsschatz anzugreifen und sie habe deshalb auch die ersten 600,000 Thlr. nur vorschußweise entnehmen wollen. Es sei wiederholt geltend zu machen, daß die jetzt gestellten Forderungen für die Bedürfnisse der Marine keineswegs genügen.

Abg. Röpell (Danzig): Nach den eben gehörten Erklärungen des Finanzministers und des Kriegsministers ziehe er sein Amendement zurück (Bravo links). — Abg. Stavenhagen: Dann nehme ich es wieder auf (Bravo rechts). — Abg. Schulze (Berlin): Daß uns entschieden am Herzen liegen müsse, der gegenwärtigen Staatsregierung gegenüber zu wissen, was uns für eine finanzielle Zukunft bevorstehe, das wird man uns nicht verdenken können; trotzdem aber haben wir auch hier der Regierung die Hand bieten wollen, aber wohlverstanden, nur unter der ausdrücklichen Bedingung, daß die erste Rate aus dem Staatsschatz entnommen werde. Wir können unmöglich große finanzielle Verpflichtungen eingehen, ohne zu wissen, wie die Deckung zu beschaffen. Der Kriegsminister will zwar die erste Rate nicht als Unterpfand für die folgenden betrachtet wissen, aber wir hätten dann doch keine Wahl; wir können nicht das opfern, was schon bewilligt ist. Wenn schon jetzt feststeht, daß ein Theil der Schiffe, die wir bewilligen sollen, bereits existirt, so begreife ich nicht, wie man so gegen die Landesvertretung vorgehen kann, ohne das Gemeinwesen in Schaden zu bringen. Der Kriegsminister hat von der Sympathie Deutschlands gesprochen und darauf hingewiesen, wie sich alle Blicke nach Preußen wendeten, als im Jahre 1859 der Landesfeind an die Thore des deutschen Vaterlandes klopfte. Aber daß diese Macht Preußens die einzige Bedingung für unsere Stellung in Deutschland, dem muß ich doch widersprechen. So lange Preußen seine inneren Fragen und Verhältnisse nicht im Sinne des Rechtsstaats geordnet hat, werden ihm die Sympathien Deutschlands fehlen (Bravo). Das deutsche Volk läßt sich nicht durch Gloire bestechen, wie das französische, es will seine Macht entwickeln auf Grundlage seines Rechts. So lange die Regierung nicht auf diesem Wege vorgeht, werden ihr die Sympathien Deutschlands ewig fehlen (Beifall).

Abg. Stavenhagen sieht keine Veranlassung, weswegen das Amendement zurückgezogen werden solle. Die Erklärungen der Minister könnten von keinem Einfluß darauf sein. Wenn die Regierung nicht annehmen wolle, was man ihr biete, so möge man ihr die Verantwortlichkeit dafür überlassen. — Abg. Twesten gegen den zweiten Theil des Amendements, daß schon jetzt über die Deckung der folgenden Raten bestimmt werden solle. Es handle sich um Verpflichtungen größerer Art erst bei Position 4. Diese würde man nicht bewilligen können, weil die Regierung selbst zugesagt habe, eine Denkschrift über das Hafenproject bei Oxhöft ausarbeiten zu lassen. Da könne man doch nicht vorweg für den jasmunder Hafen Gelder bewilligen. Er bitte, § 2 der Vorlage anzunehmen, nur mit der Maßnahme, daß das Wort „vorschußweise" gestrichen werde. — Abg. Dr. Virchow: Da die Regierung sich gegen das Amendement erklärt habe, so scheine es vollständig überflüssig, noch darüber Worte zu verlieren. Man hätte sich für verpflichtet gehalten, das Amendement zu stellen, aber wenn man dasselbe im Sinne des Kriegsministers annehmen wollte, so würde man wieder nur ein gefährliches Präcedenz schaffen und ihm dieselbe Handhabe bieten, die er bei der Armee-Organisation so trefflich zu benutzen verstanden habe. Wolle die Regierung die ihr gebotenen Bedingungen nicht annehmen, so möge sie später für ihre Maßnahmen Indemnität nachsuchen. Im Uebrigen müsse er noch dem Herrn Kriegsminister auf seine gestrige Aeußerung antworten, daß, wenn er mit der Partei, welche ihre Interessen über die des Staates stelle, zufällig seine (des Redners) Partei gemeint habe, diese Insinuation entschieden zurückgewiesen werden müsse. Es gebe eine solche Partei, aber das sei die feudale. (Bravo.)

Nach dem Abg. Schulze (Berlin) die Zurücknahme des — auch von ihm unterstützt gewesenen — Amendement Röpell motivirt, Abg. Lette für das Amendement sich ausgesprochen, bemerkt Hr. v. Vincke (Stargardt), daß es nicht zweckmäßig, schon jetzt Raten für 1863 zu bewilligen; namentlich die Frage, aus welchen Fonds zu bewilligen, werde doch von der Finanzlage im betreffenden Moment abhängen. Er sei deshalb gegen den zweiten Satz des Amendements. Nichtsdestoweniger würde er diese 1,200,000 Thaler bewilligen, wenn dies das einzige Auskunftsmittel sei. Er hoffe, die Regierung werde sich damit einverstanden erklären. — Abg. Dr. Virchow: Damit der Marineminister sich nicht etwa wieder verpflichte, ehe er wisse, worüber er zu disponiren, sei es, um aus der Sache herauszukommen, besser, die ganze Summe auf einmal zu bewilligen. — Minister v. Roon: Er habe gestern gesagt, daß die Regierung in Betreff der Uebungsschiffe juristische, in Betreff der Panzerschiffe moralische Verpflichtungen eingegangen sei. Anders sei sie nicht gebunden, er glaube aber, daß die preußische Regierung sich nicht der Nachrede aussetzen dürfe, auch nur moralische Verbindlichkeiten nicht erfüllt zu haben. — Abg. Leue (Salzwedel): Den Befürchtigungen des Abg. Reichenheim könne durch eine bloße Verwahrung in Betreff der Bewilligung der 1,200,000 Thlr. vorgebeugt werden. — Abg. Reichenheim: Eine Verwahrung genüge nicht; das Haus der Abgeordneten habe bereits mehrfache Verwahrungen gegen die königl. Staatsregierung eingelegt, ohne damit etwas zu erreichen. In der ersten Sitzung der Commission habe er an den Marineminister die Frage gestellt, ob es denn wahr sei, daß die Uebungsschiffe schon angekauft seien. Der Minister habe geantwortet, er werde bei der Spezialdiskussion zu Punkt zwei die Antwort geben; bei dieser Spezialdiskussion habe der hier gegenwärtige Ministerialcommissar erklärt, während die allerhöchste Ermächtigung zum vorliegenden Gesetz ertheilt, sei der Ankauf erfolgt. Dann wieder habe der Minister in der Commission erklärt, der Ankauf sei im April d. J. erfolgt. Die Ermächtigung selbst sei aber erst im Juli erfolgt. Gebunden sei die Regierung, wie jeder Ehrenmann, schon durch ihr Wort, nicht nur durch Verträge.

Der Präsident ersucht die Redner, nicht auf die allgemeine Diskussion wieder zurückzugehen (Zustimmung). Der Reg.-Commissarius erklärt, daß er sich die Erwiderung auf die Ausführungen des Abg. Reichenheim vorbehalte. Die Diskussion wird geschlossen und bei der event. Abstimmung das Wort „vorschußweise" aus § 2 der Reg.-Vorlage gestrichen.

Es wird demnächst in die Diskussion des § 1 zurückgetreten, und zwar demnächst über die erste Position desselben (s. o.): zur Fortsetzung begonnener Schiffsbauten 220,000 Thlr. — Nach einer Einleitung der Debatte durch den Referenten, die durch den Reg.-Commissar in einzelnen Punkten berichtigt wird, erklärt sich der Abg. Steinhardt gegen die Forderung der Regierung: es seien bisher 20 Millionen für die Flotte verwendet, das Resultat entspreche dieser Ausgabe nicht, das mahne zur Vorsicht. Vor Allem sei aber das Personal für die Flotte zu berücksichtigen, und da fehle hauptsächlich ein Rekrutirungsgesetz. Es sei vorgekommen, daß die Matrosen auf der Reise noch mit Hieben tractirt worden. Er bitte, so lange das Personal noch fehle, den Commissions-Antrag anzunehmen. — Reg.-Commissar: Er müsse entschieden bestreiten, daß Matrosen der ersten Klasse Prügel bekommen hätten; Matrosen der zweiten Klasse könnten eben so gut Prügel erhalten, wie Soldaten der zweiten Klasse in der Landarmee. Der Vorredner hätte deshalb den Fall des Näheren mittheilen sollen. Was die vorliegende Frage betreffe, so habe die Regierung besonders in diesem Jahre umfangreiche Ankäufe von Schiffsbauholz machen müssen, um trockenes Holz in genügender Menge zu haben. Deshalb bitte er um die Bewilligung der 220,000 Thlr. — Abg. Steinhardt: Er habe dem Reg.-Commissar zu erwidern, daß derselbe sich im Irrthum befinde. (Oh! Oh! zur Rechten.) Die Matrosen zweiter Klasse seien nicht gesetzlich mit Prügel zu bestrafen. Es sei das aber disciplinarisch geschehen.

Abg. Reichenheim: Erst heute höre das Haus, daß die 220,000 Thlr. zu Holzankäufen gebraucht werden sollten. Die Regierung möge diese Post im Etat von 1863, wohin sie gehöre, fordern; der Ref. Abg. Harkort befürwortet nochmals den Commissions-Antrag.

Man schreitet zur Discussion des Punktes 2: 200,000 Thlr. zur Beschaffung von Uebungsschiffen.

Minister v. Roon: Er wisse sehr wohl, daß er die 200,000 Thlr. für diese Schiffe auf seine Verantwortung verausgabt habe. Er habe bei der Nothwendigkeit der Beschaffung das thun zu müssen geglaubt. Er wisse, daß die Genehmigung der Landesvertretung erforderlich sei und suche hiermit ausdrücklich die Indemnität für diese Ausgabe nach. (Bravo rechts. Bewegung in den liberalen Parteien, die in lebhafte große discutirende Gruppen zusammentreten, so daß der folgende Redner Abg. Dr. Kosch vollkommen unverständlich bleibt. Der Präsident erklärt im Laufe von dessen Rede, nachdem er wiederholt vergeblich von der Glocke Gebrauch gemacht hat, er sehe sich genöthigt, die Sitzung auf eine Viertelstunde zu vertagen, wenn das Haus nicht ruhiger werde. Man versteht nunmehr, daß der Redner sich gegen jede Bewilligung erklärt, so lange nicht ein fester Gründungsplan angelegt und die Mittel zur Deckung der Kosten nachgewiesen seien.)

Abg. Dr. Virchow: Die Erklärung, welche der Kriegsminister so eben abgegeben habe, sei im Interesse der constitutionellen Entwickelung von großer Bedeutung. Er glaube aber, daß das Haus ohne specielle Darlegung der Gründe auf die Indemnität nicht eingehen könne. Vielen Abgeordneten seien ganz ungünstige Nachrichten über den Ankauf dieser Schiffe zugegangen; ihm selbst sei mitgetheilt worden, daß ein Schiff derselben Art, wie die hier in Rede stehenden, in jenem Typhoon, der uns den „Frauenlob" gekostet, untergegangen sei; er glaube also, daß es sich darum handle, daß die näheren Umstände jenes Kaufs genau geprüft werden müßten, und von diesem Standpunkte aus, beantrage er: die ganze Angelegenheit an die Commission zurückzuweisen. (Widerspruch).

Abg. Stavenhagen gegen diesen Antrag, weil er nicht einsehen könne, was damit erreicht werden solle; der Antrag des Kriegsministers gehe auf Indemnität, und die Nothwendigkeit der Ankäufe habe er (Redner) nie bezweifelt. Was den Kauf selbst angehe, so habe sich die Regierung auf das Gutachten bewährter Techniker gestützt.

Der Antrag des Abgeordneten Virchow wird ausreichend unterstützt.

Abg. v. Vincke (Stargardt): Es wäre das größte Mißtrauen gegen die Regierung, wenn der Antrag angenommen werde. Der Abgeordnete wolle seine Abneigung, auf die Indemnität einzugehen, nur durch eine nochmalige Prüfung in der Commission verdecken. (Oh! Oh!) Wenn die Herren zur Linken stets von ihrer Versöhnlichkeit sprächen, so sei hier der Ort, sie zu beweisen; der Patriotismus des Hauses erfordere die Ablehnung des Antrages.

Abg. Wachsmuth: Er könne sich bei der oberflächlichen Erklärung des Kriegsministers nicht beruhigen. Der Kriegsminister könne nicht erwarten, daß das Haus glaube, er sei dazu berufen, die Augen offen zu halten. Der Kriegsminister könne doch nicht die Indemnität nachsuchen, ohne die Thatsachen darzulegen. Den Bemerkungen v. Vincke's gegenüber erkläre er, daß der Kriegsminister zum erstenmale heute mit seiner Forderung den verfassungsmäßigen Rechten des Hauses nahe getreten sei. Dies würde ihn, wenn der Nachweis geführt werde, bestimmen, nicht nur für die Indemnität, sondern auch für die fernere Bewilligung zu stimmen. Wenn er also für den Vincke'schen Antrag stimme, so habe er die besten Absichten für die Indemnität, die übrigens in der vorliegenden Form nicht ganz correct sei, da zur Vollständigkeit auch das gleiche Gesuch des Finanzministers gehöre.

Abg. Dr. Gneist: Er halte eine Zurückweisung an die Commission weder für nöthig noch für angemessen. Durch den Antrag des Kriegsministers seien für ihn alle Daten gegeben, um schlüssig werden zu können. Er erkenne den Antrag des Kriegsministers, trotz der mangelhaften Form sehr gern an, um damit auszusprechen, daß das Haus mehr Gewicht auf die Sache, als die Form lege (Beifall); für alle anderen Positionen bleibe die Stellung unverändert: „die preußische Flotte steht uns hoch, aber die preußische Verfassung höher!" (lebhafte Zustimmung.)

Abg. Meibauer: So wichtig die Erklärung des Kriegsministers sei, welche er mit freudiger Anerkennung aufgenommen habe, desto mehr ergebe sich die Nothwendigkeit einer ernsten Prüfung der Lage, in welche das Haus dadurch gesetzt sei. Das Haus dürfe nicht in der freudigen Aufregung, in der es sich befinde, einen Beschluß fassen. Eine gehörige Darlegung der Verhältnisse könne erst in der Commission stattfinden.

Abg. v. Vincke (Stargardt): Er habe Niemand Mangel an Patriotismus vorgeworfen und er constatire die von dem letzten Redner hervorgehobene freudige Aufregung des Hauses. Formell und sachlich sei alles geschehen, was geschehen konnte.

Abg. Reichensperger (Beckum): Er stimme den Bemerkungen des Vorredners bei, komme aber zu einem anderen Resultat. Es sei gesagt worden, daß man sich ehre, wenn man die Wahrheit sage. Er glaube, daß die Verweisung in die Commission nur das untergeordnete Moment des Virchow'schen Antrages sei, daß vielmehr hauptsächlich beabsichtigt werde, die Sache in der Fraction zu berathen. (Oh! Oh!) Die Herren hätten einmal der Vorlage gegenüber eine bestimmte Stellung eingenommen und es sei ihnen unangenehm, diese Position wieder aufzugeben, um so mehr, als die Erklärung des Ministers nicht eine so außerordentliche Katastrophe genannt werden könne. Nur der Ausdruck „Indemnität" sei etwas Neues, weil dadurch ein technischer Ausdruck mehr für unser constitutionelles Leben gewonnen sei. Er glaube also nicht, daß die Bedenken sachlicher Natur seien. Da er nun die wenigstens sehr zweifelhafte Majorität zu verstärken wünsche, so glaube er im Interesse der Regierung auch der Majorität des Hauses entgegenkommen und deshalb für den Commissions-Antrag stimmen zu sollen.

Kriegsminister v. Roon: Er sei einigermaßen überrascht, daß die von ihm abgegebene Erklärung irgend eine drastische Wirkung gehabt habe. In der Sache selbst sei es niemals zweifelhaft gewesen, daß die Regierung für ihre Ausgaben die nachträgliche Bewilligung der Landesvertretung einholen müsse, und wenn er das Wort „Indemnität" gebraucht habe, so habe er damit nur die nachträgliche Bewilligung gemeint. Sollte das Wort „Indemnität" etwa so übersetzt werden, daß er um Genehmigung für angerichteten Schaden bitten solle . . . — (nein, nein, rechts!) Eine solche Bitte würde er auch nicht stellen, denn er habe keinen Schaden angerichtet (Beifall). Bezahlt sei übrigens noch nichts, es sei blos eine Zahlungs-Verbindlichkeit eingegangen für die drei Schiffe: Niobe mit circa 10,000 und Rover und Moskito mit je circa 8000 Pfd. St. Was die Schiffe selbst anlange, so seien sie von seinen Commissarien mit großer Sorgfalt untersucht, und er könne versichern, daß kein Bedenken irgend welcher Art über die Preiswürdigkeit vorhanden sei. Der an seiner Seite sitzende Geh. Rath Elbertzhagen sei einer der Commissarien. Er wisse nicht, was von der Commission noch verlangt werden solle, etwa eine Prüfung der weitläufigen Correspondenz? Er glaube nicht einmal, daß dies zum verfassungsmäßigen Rechte des Hauses gehöre. Mit Rücksicht auf die kostbare Zeit der Herren Abgeordneten riethe er, von dem Antrage abzustehen.

Nachdem Abg. Dr. Lette gegen den Antrag vom juristischen Standpunkte aus gesprochen, erklärt Abg. Dr. Virchow, daß er nicht im Interesse der Fraction, sondern des Hauses seinen Antrag gestellt, und zieht denselben zurück, da der Kriegsminister auf die Erklärungen, die der Antrag provociren sollte, eingegangen sei. (Bravo.) — Abg. Dr. Schubert bemerkt thatsächlich, daß ein Indemnitätsgesuch nicht, wie ein Vorredner bemerkt, zum erstenmale in diesem Hause gestellt worden sei.

Der Schluß der Debatte über § 1 und § 3 wird nunmehr beantragt, aber abgelehnt. Die ersten noch eingeschriebenen Redner verzichten auf das Wort; der Abg. Kerst verlangt und erhält es, spricht aber unter solcher Unruhe des Hauses, daß nur abgerissene Worte vernehmbar und seine Rede im Zusammenhange unverständlich bleibt. Ein erneuter Antrag auf Schluß wird von Neuem abgelehnt. Abg. Dr. Waldeck führt aus, daß die Indemnität nicht im Geringsten dadurch berührt werde, wenn die Position verworfen würde. Dann müßten aber die Schiffe wieder verkauft werden, und die Indemnität würde sich dann auf die Differenz zwischen Ankauf und Verkauf zu beziehen haben. Wenn man aber die Position 3 annehme, so schaffe man dadurch eine bleibende Ausgabe. Der Reg.-Commissar behauptet noch einmal, daß die Anschaffung von Uebungsschiffen nach der Ausdehnung, welche man der preuß. Marine geben wolle, durchaus nothwendig sei. Er wendet sich dann gegen die Ausführungen des Abg. Kerst; Wenn die Engländer und Franzosen Schiffe zur Ausbildung von Schiffsjungen für nöthig erachten, so würden wir bei unserer kleinen Marine wohl doppelt diese Nothwendigkeit anerkennen müssen. Er bitte um Bewilligung der Pos. 2. — Nachdem der Abg. Stavenhagen noch für die Bewilligung gesprochen und der Ref. Harkort die Debatte resumirt, nimmt der Abg. Meibauer das Wort zu einer persönlichen Bemerkung: Wenn von einer freudigen Aufregung bei der Nachsuchung der Indemnität die Rede gewesen, so habe er nicht die linke, sondern die rechte Seite des Hauses gemeint; was ihn persönlich beträfe, so könne er um so weniger diese Aeußerung auf sich bezogen haben, da er nach wie vor für die Anträge der Commission stimmen werde.

Zur Position 3 (600,000 Thlr. für drei Panzerboote) spricht zunächst der Abg. Twesten: Es sei eine Schmach für eine große Nation, eine so ungenügende Seemacht zu haben. Man könne allerdings nicht mit den Mächten ersten Ranges concurriren, aber die preußische Marine müsse auf der Ostsee nächst der russischen die größte sein. Man müsse, dies vorausgeschickt, aber dann die Nothwendigkeit fühlen, möglichst schnell mit der Gründung vorzugehen, um bei den gegenwärtigen Veränderungen im Marinewesen noch einen Vorsprung vor Dänemark und Schweden gewinnen zu können, wozu die ausgiebigeren preußischen Finanzen die Möglichkeit böten. Nach einer ausführlichen Beleuchtung der technischen Frage, die sich auf den Bau und die Vorzüge der Panzerboote erstreckt und auf die finanzielle und politische Seite hinübergreife, empfiehlt er die Annahme des Regierungs-Antrages (Bravo zur Rechten).

Abg. Parrisius (Brandenburg) für den Commissionsantrag: Die Militärreorganisation sei ein warnendes Beispiel von Finanzoperationen, die ohne Bewilligung des Landtages begonnen. Von Patriotismus oder nicht sei nicht die Rede, sondern von einer gewissenhaften Prüfnng der Vorlage. Für die Flotte sei das Interesse aller Parteien vorhanden, aber die Prüfung der Vorlage ergebe, daß sie nicht zweckentsprechend sei. Man müsse mehr Vertrauen zu einem Ministerium haben, als zu dem jetzigen vorhanden sei, wenn man Gelder bewilligen soll, bevor ein fester Plan vorliege. (Bravo.) — Abg. v. Vincke (Strehlen) für die Bewilligung der geforderten Summe aus mehrfach bereits geltend gemachten Gründen: Man müsse endlich mit Gründung einer starken Flotte ernstlich vorgehen, nicht die Sicherheit nach außen aus Mangel an Vertrauen gegen das gegenwärtige Ministerium aufs Spiel setzen. Der Schluß wird beantragt und angenommen. Der Referent befürwortet die Ablehnung der geforderten Summe.

Zu dem vierten Punkt des § 1 (Anlegung eines Hafens auf Rügen, als erste Rate 380,000 Thlr.) nimmt das Wort der Abg. Stavenhagen: Die dem Bericht beigefügte Denkschrift eines Capitains der Handelsmarine über die Zweckmäßigkeit des oxhöfter Hafens habe der Comm. gar nicht vorgelegen, sondern sei aus eigenem Ermessen von dem Referenten beigefügt. Er erklärt sich für Bewilligung der geforderten Summe, weil Rügen zur Anlegung eines Kriegshafens besonders geeignet sei. — Abg. Kerst gegen die Bewilligung, weil Rügen, wie der Comm.-Bericht darthue, gerade nicht geeignet sei zur Anlegung eines Kriegshafens. Insbesondere sei der Ankergrund zu schlecht. Er glaube, daß zuvor aufs Sorgfältigste zu untersuchen, ob nicht Oxhöft der geeignetste Punkt zur Anlegung des projectirten Hafens sei, derselbe müsse auf dem Continent liegen. — Der Schluß der Debatte wird beantragt und angenommen.

Finanzminister v. Bodelschwingh: Er würde es pflichtwidrig halten, wenn die Regierung ihr Recht der Initiative bei Beschaffung von Geldern aus der Hand gebe. Die Beschaffung der ferneren Raten für die Panzerboote sei Sache der Zukunft, darüber könne man jetzt eine Erklärung noch nicht abgeben. Allerdings liege in der Bewilligung der ersten 600,000 Thlr. seitens des Hauses die stillschweigende Erklärung, auch die zweite und dritte Rate bewilligen zu wollen. Einige Herren wollten sie gleich aus dem Staatsschatz bewilligen; dafür müsse er der Regierung aber die Initiative vorbehalten, dann die Mittel anzugeben, woraus diese Raten zu entnehmen.

Der Schluß wird nochmals angenommen, Der Referent spricht für Nichtbewilligung der 380,000 Thaler. Das Haus schreitet zur Abstimmung. Das Resultat ist: die 220,000 Thlr. für Schiffsbauten werden abgelehnt, dafür Twesten, die Fraction Vincke und Reichensperger, die 200,000

Thlr. für Uebungsschiffe bewilligt (dagegen Waldeck, Runge, Becker, Hoverbeck, Taddel, Meibauer, Hagen u. A., dafür Virchow, Twesten, Prince-Smith, Michaelis, Wachsmuth, Krieger (Jüterbogk), Faucher, Baerst, Siemens u. A.), die 600,000 Thlr. für Panzerboote werden abgelehnt und eben so die 380,000 Thlr. als erste Rate für den Hafen auf Rügen nicht bewilligt. Endlich wird § 2 und das ganze Gesetz angenommen. Dasselbe enthält also nur noch die Bewilligung der definitiv aus dem Staatsschatz zu entnehmenden 200,000 Thlr. für die Uebungsschiffe.

Die Comm. hat noch folgende Resolution beantragt: „die Regierung aufzufordern, dem Landtage in der nächsten Session einen vollständigen Plan zur schleunigen Entwickelung der Kriegsmarine nebst Nachweis der zur Ausführung dieses Planes erforderlichen, der Finanzkraft des Landes entsprechenden Deckungsmittel zur verfassungsmäßigen Beschlußnahme vorzulegen.

Abg. Reichensperger erklärt sich gegen diese Resolution, weil sie nicht nur überflüssig, sondern bedenklich sei, und weil die Majorität des Hauses dadurch mit sich in Widerspruch gerathe. Das Haus wolle von neuen Steuern und Anleihen nichts wissen, und sei dies der Fall, so könne es auch die Regierung nicht auffordern, einen solchen Plan, der nur durch eine neue Anleihe realisirt werden könne, vorzulegen. Wenn man keine Garantie dafür übernehmen könne, daß dem Hause im nächsten Jahre ein Staatsministerium gegenübersitze, welches sein Vertrauen habe, so hänge die Resolution in der Luft. (Das Haus ist sehr unruhig, so daß der Redner den Präsidenten bittet, ihm Ruhe zu verschaffen; die Herren, die die Reden nicht hören wollten, pflegten sonst ins Buffet zu gehen.) — Die Erwerbung des Jahdebusens habe uns politisch geschadet, denn sie habe uns in ein gespanntes Verhältniß mit Hannover gebracht. Komme die schleswig-holsteinsche Frage, so werde man Dänemark nicht allein gegenüberstehen.

Die Diskussion ist geschlossen. Nach einigen persönlichen Bemerkungen der Abg. Kerst, Reichensperger und Waldeck genehmigt das Haus die Resolution.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Agrar-Commission über den aus den Berathungen des Herrenhauses zurückgelangten Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung des Art. 10 des Gesetzes vom 2. März 1850, wegen Ergänzung der Gemeinheitstheilungs-Ordnung vom 7. Juni 1821 und des § 15 der Gemeinheitstheilungs-Ordnung für die Rheinprovinz vom 19. Mai 1851. Der Antrag der Commission, dem früheren Beschlusse des Hauses gemäß, die sechsjährige Abräumungsfrist festzuhalten, wird ohne Debatte genehmigt.

Der Bericht der Commission für Handel und Gewerbe, betreffend den Jahresbericht des Handelsministeriums über den Bau, beziehungsweise die Ergebnisse des Betriebes der preuß. Staats-Eisenbahnen im Jahre 1861 wird gleichfalls ohne Debatte erledigt. Die Commission beantragt: „der Regierung die Einführung und Begründung eines Erneuerungs-Fonds für sämmtliche Staatsbahnen zur Erwägung und Berücksichtigung zu empfehlen, im Uebrigen aber den vorliegenden zwölften Jahresbericht des Ministeriums für Handel und Gewerbe und öffentliche Arbeiten, betreffend den Fortgang des Baues, beziehungsweise die Ergebnisse des Betriebes der Staatsbahnen im Jahre 1861 unter Anerkennung der gewonnenen Resultate für erledigt zu erachten." — Das Haus tritt diesem Antrage ohne Debatte bei.

Schluß der Sitzung 3¾ Uhr. Nächste Sitzung: Sonnabend 10 Uhr. Tagesordnung: Bericht der Budgetcommission über die allgemeine Rechnung für 1859 und 1860.

Berlin, 9. Okt. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Den Staats-Minister Grafen von Bernstorff auf seinen Antrag von der Leitung des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten unter Belassung des Titels und Ranges eines Staats-Ministers zu entbinden; den Staats-Minister von Bismarck-Schönhausen zum Präsidenten des Staats-Ministeriums und zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten zu ernennen; ferner dem Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, Staats-Minister von Holzbrinck unter Ernennung zum Wirklichen Geheimen Rathe mit dem Prädikate „Excellenz" die nachgesuchte Dienst-Entlassung zu ertheilen, und den Staats-Minister Grafen von Itzenplitz mit der einstweiligen oberen Leitung des Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten zu beauftragen.

Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem Seconde-Lieutenant Pohlmann à la suite der Garde-Invaliden-Compagnie, und dem bisherigen Rendanten der Bergamts-Kasse zu Tarnowitz, Rechnungsrath Kerl zu Schweidnitz, den rothen Adler-Orden vierter Klasse, so wie dem pensionirten Steuer-Aufseher Mielenz zu Zahna im Kreise Wittenberg und dem Küster und Schullehrer Rademacher zu Ost-Insel im Kreise Stendal, das allgemeine Ehrenzeichen; ferner dem ersten Syndicus der ostpreußischen Landschaft von Buchholtz in Königsberg in Pr. den Charakter als Justizrath zu verleihen; und die Wahl des Oberlehrers an der Realschule in Wittstock, Dr. Ludwig Schacht, zum Direktor der Realschule in Elberfeld zu bestätigen.

An dem Gymnasium zu Landsberg a. W. ist die Anstellung des Lehrers Winkler als Oberlehrer genehmigt worden. Die Anstellung des Hilfslehrers Dr. Ossenbeck am Gymnasium zu Münster als ordentlicher Lehrer an der städtischen Realschule zu Köln ist genehmigt worden. Dem Rittergutsbesitzer Baron von Koppy, dem Aelteren, auf Krain bei Strehlen ist die silberne (größere) Medaille für Verdienst um die Landwirthschaft verliehen worden.

Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: dem Wirklichen Geh. Ober-Finanz-Rath und General-Steuer-Director v. Pommer-Esche, dem Wirklichen Geh. Legations-Rath im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten Philipsborn, und dem Director im Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, Wirklichen Geh. Ober-Regierungs-Rath Delbrück, die Erlaubniß zur Anlegung des von des Kaisers der Franzosen Majestät ihnen verliehenen Groß-Offizierkreuzes des Ordens der Ehren-Legion zu ertheilen. (St.-Anz.)

Berlin, 9. Oct. [Vom Hofe] Se. Maj. der König empfingen gestern auf Schloß Babelsberg um 11 Uhr den Vortrag des Militär-Cabinets und fuhren um 2 Uhr nach Berlin. Daselbst hatte von 3 Uhr ab der Kriegsminister Vortrag. Kurz vor 5 Uhr empfingen Se. Maj. den ehemaligen Vorsitzenden des Staatsministeriums, Prinzen Hohenlohe. Um 5 Uhr fand ein Diner von ca. 25 Couverts im königlichen Palais statt, zu welchem die Prinzen Albrecht Sohn und Adalbert königliche Hoheiten, die Minister v. Bismarck-Schönhausen und v. Roon, einige höhere Militärs und eine Anzahl Mitglieder des Herrenhauses Einladungen erhalten hatten. Nach der Tafel wurden der Generalmajor v. Etzel und der Minister v. Bismarck-Schönhausen empfangen. Mit dem ¾8 Uhrzuge verließen Se. Maj Berlin, stiegen in Norvaweß aus und nahmen den Thee in Glienicke bei Ihrer königlichen Hoheit der Prinzessin Karl.

Heute fand um ½11 Uhr zu Babelsberg der Vortrag des Civil-Cabinets statt. Um 1 Uhr wurde daselbst eine aus 6 Mitgliedern bestehende Deputation aus Halle, welche, geführt durch den Professor Witte, eine mit zahlreichen Unterschriften bedeckte Ergebenheits-Adresse überreicht, von Sr. Majestät empfangen, und um 3 Uhr fand das Diner statt, zu welchem der Oberpräsident Staatsminister a. D. v. Flottwell, der Oberhofmeister Graf Dönhof und der Generalmajor und Commandant Freiherr Hiller v. Gärtringen befohlen waren.

— Se. Majestät der König haben durch allerhöchsten Erlaß vom 10ten Mai 1862 zu genehmigen geruht, daß der Humboldt-Stiftung in Berlin ein innerhalb der drei Jahre 1862, 1863 und 1864 in gleichen Theilen zahlbar zu machender Beitrag von 10,000 Thlrn. aus dem allerhöchsten Dispositionsfonds bei der General-Staatskasse gewährt werde.

— Ihre Majestät die Königin-Wittwe empfingen heute Mittag auf Schloß Sanssouci den Besuch Ihrer Durchlaucht der Frau Prinzessin Anton Radziwill und deren Oheim, Sr. Durchlaucht des Herzogs von Dino, zweiten Sohnes der verstorbenen Frau Herzogin von Sagan. Später machten die durchlauchtigen Herrschaften auch den in Glienicke wohnenden höchsten Herrschaften ihren Besuch und kehrten hierauf nach Berlin zurück.

Berlin, 9. Okt. [Widerlegung.] Die „Sternztg." schreibt: Unbegreiflicherweise kehrt in der Presse mehrfach die Angabe wieder, daß die Verlegung der Universität Halle nach Naumburg a. d. S. in Erwägung gekommen sei. Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß dieses Gerücht völlig grundlos ist, und jedes thatsächlichen Anhaltes entbehrt.

Deutschland.

Leipzig, 9. Oct. [Die Adresse an das preußische Abgeordneten-Haus.] Die Versammlung, welche Professor Roßmäßler in das „Odeon" berufen hatte, um eine Adresse an das preußische Abgeordnetenhaus zu erlassen, war sehr zahlreich besucht, obschon die Einladung dazu erst etwa zwölf Stunden vorher ergangen war. In den Eröffnungsworten hob Roßmäßler hervor, daß Fälle, wo ein Einzelner sich gestatten dürfe, eine solche Versammlung zu berufen, gewiß selten, dann aber auch um so gewichtiger seien. Nachdem man ihm und Schiebler aus Frankenberg die Leitung der Verhandlungen übertragen, verlas Professor Roßmäßler folgenden Adreßentwurf:

An das Haus der Abgeordneten zu Berlin. Es ist der reinste Ausdruck des in uns lebenden nationalen Einheitsgefühls, daß wir alle, welchem der getrennten Theile Deutschlands wir auch angehören mögen, ebenso wie Ihre Wähler, die gleiche stolze Befriedigung über Ihre treue und mannhafte Vertretung des Rechts und der Ehre des Volks empfinden. Und indem es uns drängt, dieser Empfindung Worte zu geben, klingen auch Ihnen, verehrte Männer, unsere Worte nicht wie Grüße aus der Fremde, sondern — wir dürfen deß gewiß sein — Sie hören in ihnen den aus der Brust sich einig fühlender Deutschen hervordringenden Brudergruß. Sie und Ihre Wähler haben die Jahre 1861 und 1862 zu leuchtenden Kernpunkten in dem ein Menschenalter überspannenden Gewölk des Verfassungskampfes erhoben. Denn nach zahllosen halb oder ganz vergeblichen und nie zu dauernden Zuständen gediehenen Versuchen, an die Stelle des gleißenden Scheines das unverfälschte Wesen des Verfassungsstaates zu setzen, sind Sie es, die Vertreter von 18 Mill. Deutschen, die Sie mit unbeugsamer Beharrlichkeit den Kampf auf den Punkt concentriren, wo Austrag und Sieg zu hoffen steht; Sie sind es, welche dem ganzen deutschen Volke das Auge klar und den Geist gewiß machen, daß es nun weiß, was sein Recht ist, weiß, daß es forthin seine eigene Schuld ist, wenn ihm sein Recht nicht wird. Der bisherl leeren Phrase von den moralischen Eroberungen haben Sie einen dauernden, lebendig, fortleuchtenden Inhalt gegeben; ja, Sie haben Deutschland erobert, das Deutschland, das noch auf keiner Landkarte verzeichnet ist, das aber in Millionen Herzen pulsirt und — Dank sei es Ihnen — nicht lange mehr vergeblich nach Gestaltung ringen wird. Die Zeit der Ländereroberungen ist für unseren Erdtheil vorüber, die Nationen wollen mit einander in Frieden leben, es bleibt nur noch der Wettkampf geistiger Bildung und Erreichung der höchsten Stufe eines menschenwürdigen Daseins; ja die Menschenwürde ist es, nichts weiter, aber wahrhaftig auch nichts Geringeres, was Sie in dem Volke, zu dem wir Alle gehören, zur Blüthe und Anerkennung bringen wollen. Der Genius der Menschheit dankt es Ihnen, die Geschichte schreibt es mit unverlöschlichen Zügen in ihr Buch.

Die Versammlung, welche aus 5—600 Deutschen der verschiedensten Länder bestand, nahm diesen Entwurf ohne Abänderung an; lauten Beifall fand besonders die Stelle, daß die Völker in Frieden miteinander leben wollen; man schritt sofort zur Unterzeichnung und beschloß, die Adresse an Waldeck zu senden, sie aber auch an verschiedene größere Zeitungen auswärts telegraphisch mitzutheilen; letzterer Beschluß schien namentlich aus der Besorgniß hervorzugehen, daß das Abgeordnetenhaus über Nacht verschwinden könnte. Schließlich brachten die Versammelten dem Anreger dieser Zusammenkunft ihren Dank dar.

Bremen, 8. Okt. [Rösing †.] Der nicht allein in Deutschland, sondern auch im Auslande bekannte Führer der hiesigen Demokraten, Kaufaann Johannes Rösing, ist nach einer längeren Krankheit, die er sich bei einem Besuche der deutschen Demokraten in London zugezogen hatte, in letzter Nacht gestorben. Alljährlich pflegte er eine solche Besuchsreise zu den in der Schweiz, in England ꝛc. verbannt lebenden Demokraten zu machen. (N. Pr. Z.)

Breslau, 10. Oktober. [Diebstähle.] Gestohlen wurden: 60—70 Ellen roth- und weiß-gestreifter Drillich, 60-80 Ellen roth- und weiß-gestreifte Inletten, 95 Ellen weiß- und braun-karrirte Züchenleinwand, 80 Ellen weiß und braun schmalkarrirte Züchenleinwand, 125 Ellen weiß- und roth-karrirte Züchenleinwand, 30 Ellen blaue, weißgepunkte Wachsleinwand, ein Packet verschiedenartig gemusterte Züchenleinwand, ein Schock weiße Leinwand, 3—4 Dutzend weißleinene Taschentücher mit Kante, 30 Ellen Parchent, 3 Dutzend blaue weißgepunkte Kattunschürzen und eine Partie theils rohe, theils weiße leinene Handtücher.

Verloren wurden: Ein braunledernes Geldtäschchen mit Stahlbügel, enthaltend: 1 preuß. Banknote und 10 Thlr. 17 Sgr. Cour., ein Gesindedienstbuch auf die unverehelichte Rhein lautend, eine braune Ledertasche, enthaltend: 1 Thlr. 23 Sgr. 9 Pf. baares Geld, ein Schlüsselhaken mit 2 Schlüsseln und 3 Briefe, ein goldenes Armband in Form einer Schlange mit kleinen rothen Steinen besetzt.

[Unglücksfall.] Am 8. d. M. Nachmittags wurden auf der Blumenstraße zwei an einen leichten Wagen gespannte Pferde scheu, gingen durch und zertrümmerten an der Ecke der Blumen- und Tauenzienstraße den hier mit einem Prellstein in Berührung gekommenen Wagen fast gänzlich, wobei gleichzeitig der Eigenthümer des Gespanns, Bauergutsbesitzer K. aus Carawane, und ein Packträger aus Lehmgruben, von dem Wagen herab und dergestalt auf das Straßenpflaster geschleudert wurden, daß Beide nicht unerhebliche Verletzungen davontrugen. Die hierdurch nur noch mehr wild gewordenen Thiere rasten mit den Trümmern des Wagens die Tauenzien- und Claassen-Straße entlang nach dem Oberschlesischen Bahnhofe, rissen hier einen der großen Kandelaber um und konnten, da sie sich inzwischen durch Zersprengen der Steuerkette vollständig von dem Wagen befreit hatten, nur mit Mühe wieder eingefangen werden.

An demselben Nachmittage stürzte auf dem Fahrdamme am Schweidnitzer-Stadtgraben von dem Gespanne eines Rollwagens ein Pferd zu Boden, und brach dasselbe hierbei das rechte Hinterbein am Fesselgelenke. Das Thier mußte in Folge dessen auf der Stelle getödtet werden. (Pol.-Bl.)

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grd. in Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Reaumur.	Barometer.	Luft-Temperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 9. Oktbr. 10 U. Ab.	335,52	+8,2	NW. 1.	Heiter.
10. Oktbr. 6 U. Morg.	335,45	+6,4	NW. 1.	Trübe.
Berlin, 8. Oktbr. 2 U. Nachm.	338,83	+14,6	NW. 2.	Heiter.
Wien, 7. Oktbr. 10 U. Abds.	331,39	+9,6	S. 2.	Heiter.

Wasserstand.

Breslau, 10. Okt. Oberpegel: 12 F. 9 Z. Unterpegel: — F. 9 Z.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 9. Oct., Nachm. 3 Uhr. Die Rente eröffnete zu 72, 30, stieg auf 72, 35, wich auf 71, 95 und schloß zu diesem Course in weniger fester Haltung. Consols von Mittags 12 Uhr waren 94⅛ eingetroffen. Schluß-Course: 3proz. Rente 71, 95. 4½proz. Rente 99, —. Italienische 5proz. Rente 74, —. 3prz. Spanier 49¾. 1prz. Spanier 45½. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Aktien 512. Credit-mobilier-Aktien 1205. Lomb. Eisenbahn-Aktien 640. Oesterr. Credit-Aktien —.

London, 9. Oct., Nachm 3 Uhr. Schönes Wetter. Consols 94. 1prz. Spanier 45¾. Mexikaner 33⅜. Sardinier 84. 5proz. Russen 95. Neue Russen 94½. Der fällige Dampfer aus Australien ist mit Nachrichten vom 25. August angekommen.

Wien, 9. Oct., Mittags 12 Uhr 30 Minuten. Sehr beliebt. 5proz. Metall. 71, 70. 4½proz. Metall. 63, —. Bank-Aktien 798. Nordbahn 194. 30. 1854er Loose 90, 50. National-Anleihe 83, 30. Staats-Eisenb.-Aktien-Cert. 250, — Creditaktien 228, 10. London 123, —. Hamburg 91, 50 Paris 48, 20. Gold ,—. Silber , —. Böhmische Westbahn 178, 75. Lombardische Eisenbahn 285, —. Neue Loose 129, 75. 1860er Loose 90, 50.

Frankfurt a. M., 9. Octbr., Nachmitt. 2 Uhr 30 Minuten. Günstigere wiener Notirungen influirten auf die Course der österreichischen Spekulationspapiere. — Schluß-Course: Ludwigshafen-Bexbacher 140. Wiener Wechsel 95½. Darmst. Bankaktien 231. Darmst. Zettelbank 252½. 5proz. Metall. 56⅞. 4½proz. Metall. 49⅝. 1854er Loose 72⅛. Oesterr. National-Anleihe 66. Oesterr.-Franz. Staats-Eisenb.-Aktien 233. Oesterr. Bank-Antheile 765. Oesterr. Credit-Aktien 217½. Neueste österr. Anleihe 73½. Oesterr. Elisabet-Bahn 119. Rhein-Nahe-Bahn 28⅜. Mainz-Ludwigshafen Litt. A. 127.

Hamburg, 9. Oct., Nachm. 2 Uhr 30 M. Fest bei bedeutendem Geschäft. Schluß-Course: National-Anleihe 67. Oesterr. Credit-Aktien 92. Vereinsbank 102 Norddeutsche Bank 99¼. Rheinische 97¾. Nordbahn 65¼ Disconto —. Wien —, —. Petersburg —.

Hamburg, 9. Oct [Getreidemarkt.] Weizen loco nur Consum-Geschäft, ab auswärts flau. Roggen loco fest, ab Ostsee unverändert und still. Oel pr. Okt. 31⅛, pr. Mai 29¾. Kaffee fest und ruhig.

Liverpool, 9. October. [Baumwolle.] 4000 Ballen Umsatz. — Markt ruhig.

Berlin, 9. Oct. Bessere pariser und günstige wiener Course, auch von heute Vormittag, gaben der Spekulation erneute Anregung zu bedeutenden Umsätzen, die sich vorzüglich wieder auf die österr. Papiere (Credit- und National-Anleihe) und namentlich auf böhmische Westbahn bezogen. In der letzteren Actie entwickelt sich immer mehr ein wildes Treiben, welches selbst bei Speculationsobjecten, die den Rückschlag weniger nahe legen, als das in Rede stehende, den ruhigen Beobachter ängstlich machen muß. Von Wien lauteten die Vormittags-Notirungen für Credit 126. 50—128; für Westbahn 176—179; für National-Anleihe 84; für London 122. 50, sehr Brief; von Frankfurt meldete man Credit 217¾. Für preußische Eisenbahnen machte sich gute Frage bemerkbar, derzufolge einzelne recht beträchtliche Courserhöhungen zugestanden werden mußten, im Ganzen war aber das Geschäft nicht sehr umfangreich, nur Nordbahn verkehrte in Posten und für Freiburger, Kosel-Oderberger, Köln-Mindener und Oberschlesische zeigten sich gute Ordres. Bank- und Credit-Actien erhielten sich die Gunst der letzten Tage bei weiterer Courssteigerung, Genfer und Meininger gingen rege um. Vom Geldmarkte bleibt keine Veränderung zu constatiren. (B.- u. H.-Z.)

Berliner Börse vom 9. October 1862.

Fonds- und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anleihe		4½	102½ bz.
Staats-Anl. v. 1850, 52		4½	99⅝ B.
dito 1854, 55A. 56 57		4½	102⅞ bz.
dito 1853		4	99⅝ G.
dito 1859		5	108¼ bz.
Staats-Schuld-Sch.		3½	91 bz.
Präm.-Anleihe v. 1855		3½	127¾ G.
Berliner Stadt-Obl.		4½	103¾ G.
Pfandbriefe	Kur- u. Neumärker	3½	93 bz.
	dito dito	4	101¾ bz.
	Pommersche	3½	92 bz.
	dito neue	4	101 bz.
	Posensche	4	104⅝ G.
	dito	3½	99¼ bz.
	dito neue	4	99¼ bz.
	Schlesische	3½	95 B.
Rentenbriefe	Kur- u. Neumärker	4	100¾ bz.
	Pommersche	4	100¼ bz.
	Posensche	4	99⅝ G.
	Preussische	4	99¾ G.
	Westf. u. Rhein.	4	99¾ B.
	Sächsische	4	100½ G.
	Schlesische	4	100⅜ G.
Louisdor		—	110 G.
Goldkronen		—	9. 7⅜ G.

Ausländische Fonds.

Oesterr. Metall	5	58¾ bz.
dito 54r Pr.-Anl.	4	75 bz.
dito neue 100 fl.-L.	—	70¾ G.
dito Nat.-Anleihe	5	68⅛ à ¼ à ¾ bz.u.G.
dito Bankn. n. Whr.		82¾ bz
Russ.-engl. Anleihe	5	96 G.
dito 5. Anleihe	5	88⅝ bz.u.G.
dito poln. Sch.-Obl.	4	85 etw. bz.u.G.
Poln. Pfandbriefe	4	— — —
dito III. Em.	4	88¾ bz.u G.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	93⅝ G.
dito à 300 Fl.	5	95 bz.u.G.
dito à 200 Fl.	—	24 G.
Poln. Banknoten	—	90 bz.u.G.
Kurhess. 40 Thlr.	—	57¾ etw. bz.u.B.
Baden 35 Fl.	—	31¾ etw. bz.

Actien-Course.

	Div. 1861	Z.-F.	
Aach.-Düsseld.	3½	3½	86½ G.
Aach.-Mastricht.	3½	4	30 bz.
Amst.-Rotterdam	5 1/8	4	95 bz.
Berg.-Märkische	6½	4	111¼ bz.
Berlin.Anhalter	8¼	4	142½ bz.
Berlin-Hamburg.	6	4	121 bz.
Berl.-Potsd.-Mgd.	11	4	210 bz.
Berlin-Stettiner	7 1/12	4	133¼ bz.
Breslau-Freibrg.	6⅞	4	138½ bz.
Cöln-Mindener	12¼	3½	188 a 189 bz.
Franz. St.-Eisenb.	6 7/15	5	136 bz.u.G.
Ludw.-Bexbach	8	4	139 G.
Magd.-Halberst.	22½	4	324 G.
Magd.-Wittenbrg.	1⅙	4	45½ bz.
Mainz.-Ludw. A.	7	4	126¼ bz.
Mecklenburger	2⅞	4	62¾ à ¼ bz.
Münster-Hammer	4	4	97¾ bz.
Neisse-Brieger	3½	4	84¾ bz.
Niederschles.	4	4	99½ B.
N.-Schl. Zweigb.	1½	4	68 bz.
Nordb. (Fr.-W.)	3	4	66¾ à 66 à 66⅜ bz.
dito Prior	—	4½	— — —
Oberschles. A.	7 8/15	3½	174 bz.
Oberschles. B.	7 8/15	3½	154 à 153½ et.bz.u.G.
dito C.	7 8/15	3½	174 bz.
dito Prior A.	—	4	— — —
dito Prior B.	—	3½	— — —
dito Prior C.	—	4	97½ B.
dito Prior D.	—	4	97½ B.
dito Prior E.	—	3½	86⅛ bz.
dito Prior F.	—	4½	101¾ bz.
Oppeln-Tarnow.	⅝	4	50¾ bz.
Prinz-W. (St.-V.)	½	4	59¼ bz.
Rheinische	5	4	98¼ bz.
dito (St.) Pr.	—	4	106 bz.
dito Prior	—	4	93¾ G.
dito III. Em.	—	4½	100 bz.
Rhein-Nahebahn	—	4	25 G.
Ruhrort-Crefeld	3 1/14	3½	91 bz.
Starg.-Posener	4	3½	114¾ bz.
Thüringer	6⅔	4	127 bz.
Wilhelms-Bahn	—	4	60½ bz.
dito Prior	—	4	93 G.
dito III. Em.	—	4½	— — —
dito Prior St.	—	4½	93½ B.
dito dito	—	5	96½ B.

Preuss. u. ausl. Bank-Actien.

	Div. 1861	Z.-F.	
Berl. K.-Verein	5 1/3	4	117 bz.
Berl. Hand.-Ges.	5	4	94½ G.
Berl. W.-Cred.-G.	—	5	— — —
Braunschw. Bank	4	4	84 G.
Bremer „	5⅝	4	104¾ B.
Coburg. Credit A.	3	4	82 G.
Darmst. Zettel-B.	8⅝	4	101¾ bz.
Darmst. Credb.A.	5	4	92¾ à 93¼ bz.u.B.
Dess. Creditb. A.	—	4	2⅞ à ¾ bz.
Disc.-Cm.-Anthl.	6	4	101½ i. P. bz.
Genf. Creditb. A.	—	4	46¼ à ¾ bz.
Geraer Bank	5¾	4	94¼ bz.
Hamb.Nord.Bank	5	4	98¾ Kigkt. bz.
„ Ver.-Bank	5⅙	4	101½ G.
Hannov. „	4½	4	99¼ B.
Leipziger „	3	4	81 bz.u.B.
Luxembrg. „	10	4	105 bz.
Magd. Priv. „	4⅙	4	91 G.
Mein. Creditb. A.	6	4	96½ bz.
Minerva Bgwk.A.	—	5	30¼ etw. bz.
Oester.Creditb.A.	7¾	5	92½ à 93¼ bz.
Pos. Prov.-Bank	5 11/14	4	98¾ B.
Preuss. B.-Anthl.	4 7/15	4½	122½ G.
Schl. Bank-Ver.	6	4	99 bz
Thüringer Bank	2⅜	4	59¾ G.
Weimar. Bank	4	4	89¾ bz.

Wechsel-Course.

Amsterdam	10 T.	143¾ bz.
dito	2 M.	143 bz.
Hamburg	8 T.	151⅞ bz.
dito	2 M.	150⅞ bz.
London	3 M.	6. 21⅝ bz.
Paris	2 M.	80 1/12 bz.
Wien österr. Währ.	8 T.	82⅝ bz.
dito	2 M.	81¾ bz.
Augsburg	2 M.	56. 26 bz.
Leipzig	8 T.	99⅝ G.
dito	2 M.	99⅓ G.
Frankfurt a. M.	2 M.	56. 28 bz.
Petersburg	3 W.	98½ bz. 3 M. 97⅞ b.
Warschau	8 T.	89½ bz.
Bremen	8 T.	110⅛ bz.

Berlin, 9. Oktbr. Weizen loco 64—77 Thlr. nach Qual., weißbunter poln. 75—½ Thlr. ab Bahn bez., weißer schles. 75 Thlr. dito. — Roggen loco eine Ladung 81—82pfd. 51½ Thlr. ab Kahn bez., Oktbr. 50⅝—51⅜—¼ Thlr. bez., Br. und Gld., Oktbr.-Novbr. 48⅛—⅜—¼ Thlr. bez., Br. und Gld., Novbr.-Dezbr. 47¼ Thlr. bez. und Br., ⅛ Thlr. Gld., Frühjahr 45¾—46 Thlr. bez. und Br., 45⅞ Thlr. Gld. — Gerste, große und kleine 36—42 Thlr. pr. 1750 Pfd. — Hafer loco 22—25 Thlr., Lieferung pr. Oktbr. 23¼ Thlr. Gld., Oktbr.-Nov. 23 Thlr. Br., Novbr.-Dezbr. dito Frühjahr 22⅞ Thlr. bez., Mai-Juni 23¼ Thlr. Br. — Erbsen, Koch- und Futterwaare 50—56 Thlr. — Winterraps 102—106 Thlr. — Winterrübsen 100—104 Thlr. — Rüböl loco 14 7/12 Thlr., Oktbr. 14 7/12—5/12—½ Thlr. bez., Br. und Gld., Oktbr.-Novbr. 14 11/24—⅜—5/12 Thlr. bez. und Br., ⅜ Thlr. Gld., Novbr.-Dezbr. und Dezbr.-Jan. 14⅓ Thlr. Br., ¼ Thlr. Gld., April-Mai 14¼ Thlr. bez. und Gld., ⅓ Thlr. Br., Mai-Juni 14¼ Thlr. bez. — Leinöl loco 14⅚ Thlr. — Spiritus loco ohne Faß 16⅙ Thlr. bez., Oktbr. 16 5/24—5/12—⅙—¼ Thlr. bez., Br. und Gld., Oktbr.-Novbr. 16—1/12—16 Thlr. bez., Br. und Gld., Novbr.-Dezbr. und Dezbr.-Jan. 15⅚—11/12—⅚ Thlr. bez., Br. und Gld., Jan.-Febr. 15 11/24 Thlr. bez., Febr.-März 16 Thlr. Br., 15 11/12 Thlr. Gld., April-Mai 16 5/24—⅓—¼ Thlr. bez.

Weizen behauptet. Roggen disponible hatte wegen hoher Forderungen und mäßiger Frage nur kleinen Umsatz. Termine verkehrten bei mäßiger Kauflust unter langsam anziehenden Preisen und schließen alsdann wieder ruhiger. Gekündigt 1000 Ctnr. Hafer Termine still. Rüböl wurde in Folge der niedrigen auswärtigen holländischen Notirungen und bei der dringenden Verkauflust billiger erlassen und schließt der Markt zu den letzten Notirungen in fester Haltung.

\# **Breslau,** 10. Oktbr. Wind: Nord-West. Wetter: trübe. Thermometer Früh 8° Wärme. Die Zufuhren von Getreide waren heut wiederum beschränkt, die Kauflust zeigte sich jedoch angeregter.

Weizen bei ruhigem Geschäft; pr. 85pfd. weißer 73—84 Sgr., gelber 73—80 Sgr. — Roggen sehr fest; pr. 84pfd. 55—56—58 Sgr. — Gerste wenig angeboten; pr. 70pfd. 39—40½ Sgr., feinste weiße Sorten 41—42½ Sgr. — Hafer behauptet; pr. 50pfd. schlesischer 24—25 Sgr. — Erbsen, Wicken und Bohnen stilles Geschäft. — Rapskuchen 52—54 Sgr. — Oelsaaten ruhig. — Schlaglein matt.

	Sgr.pr.Schff.		Sgr.pr.Schff.
Weißer Weizen	73—79—84	Wicken	38—40—44
Gelber Weizen	73—77—81		Sgr. pr. Sack à 150 Pfd. Brutto.
Roggen	54—56—58	Schlag-Leinsaat	170—180—195
Gerste	37—40—43	Winter-Raps	224—242—248
Hafer	22—24—26	Winter-Rübsen	215—232—242
Erbsen	45—52—56	Sommer-Rübsen	194—208—212

Kleesaat beschränktes Geschäft, rothe 9—10½—11½—13 Thlr., neue 13½—16 Thlr., weiße 9—11½—14½—16½ Thlr., neue 14—17—19 Thlr., hochfeine Sorten beider Farben über Notiz bezahlt.

Thymothee 6—7½ Thlr. pr. Ctr.

Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. netto 18—21 Sgr.

Vor der Börse.

Rohes Rüböl pr. Ctr. loco 14¼ Thlr. Br., Termine 14¼ Thlr. Br. — Spiritus pr. 100 Quart à 80 % Tralles loco 15¾ Thlr., pr. Oktober 15½ Thlr. Br., Frühjahr 15¼ Thlr.

Telegraphische Depesche.

Paris, 9. Okt. Die „France" theilt mit: Als Garibaldi von der Amnestie hörte, antwortete er: Nur die Schuldigen können amnestirt werden: er verweigere die Gunst, und werde bald die volle Wahrheit sagen. (Angek. 10 Uhr 10 Min.)

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.